

Berliner Zeitung

Archiv » 2010 » 02. Januar » Wirtschaft

Textarchiv

ANALYSE

Wo der Staat gebraucht wird

Jakob Schlandt

Die Wirtschaftskrise hat anders als von vielen erwartet kaum dazu geführt, dass der Kapitalismus prinzipiell infrage gestellt wird. Doch folgenlos bleibt sie nicht: In Politik und Bevölkerung ist das seit Jahren stärker werdende Misstrauen gegenüber Privatisierungen noch gestiegen.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit findet zum Beispiel im Energiesektor eine Kehrtwende statt: Zahlreiche kommunale Konzessionsverträge laufen aus, bis 2013 etwa ein Viertel. Dutzende Städte und Gemeinden nutzen die Chance und nehmen privaten Konzernen die Kontrolle über die Gas- und Stromnetze wieder ab. Sogar im überschuldeten Berlin prüft der Senat, das Gasnetz zum Teil zurückzukaufen. Und: Ein Zusammenschluss von Stadtwerken hat vom Energieriesen Eon die Thüga übernommen, in der Beteiligungen an rund 90 Stadtwerken gebündelt sind.

Ein weiteres Beispiel: Der Börsengang der Deutschen Bahn kommt "in absehbarer Zeit nicht in Betracht", schreibt der Konzern-Vorstand in der Mitarbeiterzeitschrift. Damit erkennt die Bahn nun endlich an, was längst politische Realität ist. Vom Börsengang redet niemand mehr. Union und selbst die FDP haben den Irrglauben der unbedingten Überlegenheit freier Märkte aufgegeben. FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle will sogar Konzerne zerschlagen, die zu viel Macht haben. Dabei hat er vor allem den Energiesektor im Auge.

Nach den Privatisierungsorgien der vergangenen beiden Jahrzehnte deutet sich also eine vernünftige Balance an. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt: Märkte versagen leider allzu häufig. In der Regel lässt sich das auf zwei Faktoren zurückführen. Erstens die Neigung zu Monopolen: Zum Beispiel wäre es irrsinnig, neben dem bestehenden ein zweites Schienennetz, eine zweite Wasserversorgung oder ein zweites Stromnetz aufzubauen. Wer diese besitzt, hat automatisch ein Monopol inne und damit die Möglichkeit, ungerechtfertigt hohe Preise zu verlangen, die allen anderen schaden. Das

Problem stellt sich aber auch in abgeschwächter Form: Der Postvertrieb etwa ist kein echtes Monopol, aber es ist fragwürdig, wie sinnvoll es ist, wenn zuerst ein blauer Briefträger zwei Briefe ins Haus bringt, dann ein gelber fünf und schließlich ein roter zwei Päckchen abliefert.

Zweitens ist die Frage nach den Kosten für die Gesellschaft immens wichtig. Es mag zum Beispiel sein, dass die Bahn isoliert betrachtet nach einem Börsengang besser wäre, also profitabler. Werden deshalb Strecken eingestellt und die Taktung ausgedünnt, verursacht das aber hohe Kosten für den Rest der Gesellschaft. Wenn ein Ingenieur eine Stelle, zu der er passen würde, nicht antritt, weil das Pendeln zu lange dauert, entsteht für die Volkswirtschaft ein Schaden, der nie in der Bilanz der Deutschen Bahn AG auftaucht.

Kurzum: Drohen Monopole oder ist eine sinnvolle Infrastruktur in Gefahr, tut der Staat gut daran, sich einzumischen. Bleibt zu hoffen, dass Brüderles Einstellung zum Energiesektor in der Regierung Schule macht. Im Gesundheitsbereich zum Beispiel hat die FDP das Marktmantra noch lange nicht aufgegeben.

Grafik: Eine Privatisierung ihrer Stadtwerke würden ...

in Prozent der Befragten 70 eher ablehnen, ... eher befürworten 23, weiß nicht

7

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [MEDIADATEN](#)



Berliner.de

